

Landtagswahl 2013 – Beantwortung der Wahlprüfsteine des Landeselternrates Niedersachsen

	<p>1. Schulstruktur Wie wird nach Ihren Vorstellungen die Schulstruktur im Sekundarbereich I am Ende des Jahres 2017 in Niedersachsen aussehen?</p>
<p>CDU</p>	<p>Mit der Einführung der Oberschule sowie die Stärkung der Gymnasium durch die feste Verankerung im Niedersächsischen Schulgesetz haben wir die notwendigen strukturellen Weichenstellungen vorgenommen, damit die Schullandschaft den Herausforderungen des demografischen Wandels angemessen Rechnung tragen kann. Mit Oberschulen kann in der Fläche eine wohnortnahe, mit einem gymnasialen Angebot ausgestattete Schulform errichtet werden, welche den Erwerb aller Schulabschlüsse ermöglicht. Schulträger haben mit der zukünftigen Schulstruktur mehr Möglichkeiten, ihre Entscheidungen über die Schullandschaft vor Ort zu treffen. Integrierte Gesamtschulen ergänzen dieses Regelschulsystem. Änderungsbedarf hierzu gibt es nicht. Einzige Ausnahme ist der weitere Ausbau der teilgebundenen Ganztagsangebote, die bis 2020 an jeder Schule etabliert sein sollen.</p>
<p>SPD</p>	<p>Wichtiges Thema für die SPD Niedersachsen bleibt die Gestaltung einer stabilen, effizienten und regional anpassbaren Schulstruktur in Niedersachsen. Dazu gehört für uns aber auch die Zusicherung: Wir schaffen keine Schulform ab, sondern wir ermöglichen eine Schullandschaft, wie sie vor Ort von Eltern und kommunalen Schulträgern gewünscht wird. In diesem Sinne werden z. B. auch zukünftig Oberschulen möglich sein. – Dazu gehört jedoch genauso, dass die Gesamtschulen nicht weiter diskriminiert werden.</p> <p>Wir werden daher schnellstmöglich die notwendigen Maßnahmen auf den Weg bringen, mit denen die Errichtung von vierzügigen und in Ausnahmefällen dreizügigen Gesamtschulen – auch als ersetzende Schulform – mit einem Abitur nach 13 Jahre zugelassen wird. Bei den vielen Gesprächen, die ich vor Ort geführt habe, wird der 20. Januar 2013 als Startschuss für deren Beantragung betrachtet. Die Hoffnungen vieler Elterninitiativen und Schulträger sind groß und wir werden sie erfüllen.</p> <p>Gymnasien genießen große Akzeptanz bei Eltern und Schülern. Dort kann das Abitur nach acht Jahren abgelegt werden. Damit bleibt das Angebot bestehen, mit Gesamtschule oder Gymnasium unterschiedliche Geschwindigkeiten zum Abitur zu wählen. Eine SPD-Landesregierung wird außerdem prüfen, ob die Oberstufe so reformiert werden kann, dass Schülerinnen und Schüler nach eigenem Ermessen das Kurssystem der Oberstufe in zwei oder drei Jahren durchlaufen können.</p>
<p>FDP</p>	<p>2017 wird es Oberschulen und das Gymnasien in Niedersachsen geben. In Ergänzung dazu existieren auch Gesamtschulen. In Niedersachsen gilt weiterhin Vielfalt statt Einheitsschule.</p>
<p>GRÜNE</p>	<p>Wir wollen den Umbau aller Schulen zu inklusiven Schulen voranbringen. Die Hürden für die Errichtung von Gesamtschulen müssen gesenkt und auch kleinere Gesamtschulen zugelassen werden. Wir nehmen den Willen der Eltern ernst, unabhängig davon, ob es dabei um den Wunsch nach Gymnasien oder das Zulassen kleiner Gesamtschulen geht. Sofern es dem Wahlverhalten der Eltern entspricht, sollen Gesamtschulen auch andere Schulformen ersetzen können. Gemeinsam mit den Schulträgern und den Betroffenen vor Ort wollen wir – wo das Interesse dazu besteht – Haupt-, Real- und Oberschulen zu integrativen Schulen weiterentwickeln. Jede Schule muss auch einen Weg zum Abitur offenhalten. Wie die Schulstruktur im Sekundarbereich I am Ende des Jahres 2017 aussieht, wird also von den Eltern abhängen.</p>

	1. Schulstruktur Wie wird nach Ihren Vorstellungen die Schulstruktur im Sekundarbereich I am Ende des Jahres 2017 in Niedersachsen aussehen?
LINKE	<p>DIE LINKE ist der Überzeugung, dass das gemeinsame Lernen bis Klasse 10 die beste Schulform ist, weil dadurch die soziale Spaltung im Bildungswesen am besten abgefedert werden kann. Derzeit werden die Schülerinnen und Schüler vor allem nach der Dicke des Geldbeutels am Ende der Grundschulzeit sortiert: Der Armutsanteil an Gymnasien beträgt vier Prozent, an Hauptschulen ist er achtmal, an Förderschulen sogar elfmal höher. Der Zusammenhang zwischen finanziellem Einkommen und schulischem Erfolg ist somit eindeutig. Das gemeinsame Lernen aller Kinder, das die Bildungswege und -abschlüsse lange offen hält ist die beste Antwort auf die unterschiedlichen Bedingungen, in denen Kinder aufwachsen. Daher will DIE LINKE die IGSn stärken. Klar ist aber auch, dass DIE LINKE niemanden zwangs-beschulen will. Wir stehen für eine Schulentwicklung von unten anstatt von oben ein System vorzugeben. Daher sind die Vorstellungen der LINKEN nicht entscheidend für die Schulangebote in Niedersachsen. Für uns ist die Wahl der Eltern entscheidend.</p> <p>Wir werden dafür sorgen, dass die Entscheidungsmöglichkeiten der Kommunen als Schulträger und der Eltern gestärkt werden. Die Integrierte Gesamtschule (IGS) kann nach unseren Vorstellungen 4-zügig sein, in Ausnahmefällen auch 3-zügig. Falls es vor Ort gewünscht ist, kann eine IGS alle anderen Schulformen ersetzen. Bislang ist die IGS nur eine „ergänzende Schule“. Des Weiteren setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass die Eltern bei nachgewiesenen Elternwillen einen Rechtsanspruch auf einen IGS-Platz bekommen, und die Kommunen sich somit nicht gegen diesen dokumentierten Elternwillen hinwegsetzen können. Bislang besteht ein Rechtsanspruch auf den Besuch einer Schule des gegliederten Schulsystems, wir wollen diesen Anspruch ändern.</p>
PIRATEN	<p>Die Piraten in Niedersachsen setzen sich für die Einführung der Gesamtschule als Regelschule ein. In der Sekundarstufe (Klassen 5 bis 10) sollte individuelles Lerntempo im Vordergrund stehen. Daher setzen wir uns für "liquid schooling" ein, das die verschiedenen Lerntempi berücksichtigt.</p> <p>Da faire Chancen in der Bildung und ein freier Zugang zu den Ressourcen der Bildung garantiert werden müssen, ist ein verbindliches Ganztagsangebot notwendig. Das sollte so gestaltet sein, dass eigenverantwortliches Engagement der Jugendlichen auch außerhalb der Schule möglich ist.</p>

	<p>2. Übergänge Wie soll die Verknüpfung zwischen Primarbereich und Elementarbereich gestaltet werden? Planen Sie Veränderungen beim Übergang von Primarbereich in den Sekundarbereich I? Wie wollen Sie beim Übergang Schule/Beruf eine positive Bildungsbiografie für jeden realisieren?</p>
<p>CDU</p>	<p>Die CDU in Niedersachsen setzt sich dafür ein, die Übergänge zwischen den einzelnen Bildungseinrichtungen zu erleichtern und die Durchlässigkeit zu verbessern. In der Schnittstelle Elementar- und Primarbereich setzen wir dabei auf die Idee des Bildungshauses. Mit dem Modellprojekt „Kita und Grundschule unter einem Dach“ gehen wir dabei neue Wege und entwickeln das erfolgreiche Brückenjahr konsequent weiter.</p> <p>Berufsorientierung ist für uns seit Langem ein wichtiges Anliegen. So ist die Berufsorientierung in allen Schulformen durch diverse Maßnahmen gestärkt worden. Durch die Zusammenarbeit mit der Berufsberatung der Arbeitsagenturen, den Berufsbildenden Schulen und den Betrieben konnten den Schülerinnen und Schülern zur beruflichen Orientierung Schülerbetriebspraktika, Betriebserkundigungen und berufspraktische Projekte angeboten werden. Zusätzlich dazu wurde zum 1. August 2011 eine „Koordinierungsstelle Berufsorientierung“ im Kultusministerium eingerichtet.</p> <p>Die Ausbildungsfähigkeit und die Berufswahlkompetenz der Schülerinnen und Schüler konnte in allen Schulformen verbessert werden. So ist die Quote der Schülerinnen und Schüler ohne Hauptschulabschluss am Ende des Sekundarbereiches I von 10,4 Prozent eines Jahrgangs im Jahr 2002 auf inzwischen 5,9 Prozent fast halbiert worden. Um die Schulabbrecherquote auch weiterhin zu senken, soll die sozialpädagogische Arbeit an allen Schulen gestärkt und die Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaft und den Schulen unterstützt werden.</p> <p>Unter der Prämisse, jedem Jugendlichen ein geeignetes Angebot machen zu können, hält unser berufliches Bildungswesen ein ganzheitliches und in sich abgestimmtes System von Möglichkeiten zu beruflichen und schulischen Abschlüssen bereit. Die berufliche Bildung in Niedersachsen bietet alle Wege einschließlich der Hochschulzugangsberechtigung an. Wir wollen, dass dieses Konzept kontinuierlich weiterentwickelt wird. Dabei arbeiten wir eng mit den Sozialpartnern, den Kommunen und der Bundesagentur für Arbeit zusammen. Im Vordergrund steht, junge Leute ohne Umwege und Warteschleifen in die Ausbildung zu führen. Die duale Ausbildung hat eindeutig Vorrang vor Warteschleifen.</p>
<p>SPD</p>	<p>Eine SPD geführte Landesregierung wird die förmliche Grundschulempfehlung für die weiterführenden Schulformen abschaffen und nur noch in Form einer Orientierungsempfehlung für die Eltern weiterführen. Eine bessere individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler soll Abschlüssen und Sitzenbleiben ersetzen.</p> <p>Die SPD bekennt sich zum Prinzip der dualen Berufsausbildung. Dafür sollen die Angebote der Berufsbildenden Schulen enger dem jeweiligen regionalen, wirtschaftlichen und sozial strukturellen Bedarf folgen. Eine von der SPD geführte Landesregierung wird deshalb die Berufsbildenden Schulen gemeinsam mit den Ausbildungsbetrieben zu Kompetenzzentren mit garantierten Qualitätsstandards ausbauen und über starke Bildungsregionen alle Bildungseinrichtungen bis hin zur Kinder- und Jugendhilfe zu einem Qualifizierungsnetzwerk verknüpfen.</p> <p>Alle mitnehmen! Das ist das wichtigste Ziel der SPD bei der Berufsausbildung. Gelingen kann dies nur in enger Kooperation mit den Akteuren der beruflichen Bildung, den Gewerkschaften und den ausbildenden Betrieben. Außerdem werden wir im engen Austausch mit den Schulträgern ein regionales Übergangsmanagement entwickeln. Sie soll Jugendlichen die Chance auf eine qualifizierte Ausbildung geben, die trotz Ausbildungsreife und mehrfacher Bewerbungs- und Vermittlungsversuche keinen Ausbildungsplatz im dualen Ausbildungssystem gefunden haben. Gleichzeitig soll die hohe Abbruchquote im ersten Ausbildungsjahr verringert werden. Eine SPD geführte Landesregierung wird dazu folgende Maßnahmen ergreifen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> spätestens ab Klasse 8 eine intensivere Berufsorientierung der Schülerinnen und Schüler an allen Schulformen einführen, <input type="checkbox"/> die Schulsozialarbeit als Aufgabe des Landes an allen allgemeinbildenden Schulen und auch an den berufsbildenden Schulen ausbauen und <input type="checkbox"/> flächendeckende Angebote zur Unterstützung benachteiligter Jugendlicher in einer betrieblichen Ausbildung entwickeln und damit die duale Ausbildung stärken. <p>Schulabgängern ohne Lehrstelle werden wir ermöglichen, in einer Berufsfachschule ein erstes Ausbildungsjahr zu absolvieren. Anschließend sollen die Jugendlichen in Absprache mit den Ausbildungsbetrieben direkt ins zweite Lehrjahr einsteigen. Wir wollen eine Ausbildungsgarantie für alle.</p>

	<p>2. Übergänge Wie soll die Verknüpfung zwischen Primarbereich und Elementarbereich gestaltet werden? Planen Sie Veränderungen beim Übergang von Primarbereich in den Sekundarbereich I? Wie wollen Sie beim Übergang Schule/Beruf eine positive Bildungsbiografie für jeden realisieren?</p>
FDP	<p>Damit die Übergänge vom Primar- und Elementarbereich in die weiterführenden Schulen funktionieren, brauchen wir ein eigenständiges Grundschullehramt. In diesem Studium müssen Module zum Übergang, sowie der Förderung der Zusammenarbeit zwischen Grundschule und Sekundarstufe I auf dem Programm stehen.</p>
GRÜNE	<p>Wir GRÜNE wollen die Entwicklung von Übergangskonzepten von der Kita in die Grundschule verpflichtend einführen. Durch die Bereitstellung von Beratungsangeboten wollen wir einen nahtlosen Übergang für einen erfolgreichen Start in der Grundschule ermöglichen. Grundschulen werden dabei unterstützt, wenn sie flexible Eingangsstufen einrichten oder verschiedene Formen des altersübergreifenden Lernens einrichten wollen.</p> <p>Die Schullaufbahneempfehlungen der Grundschulen soll durch eine kontinuierliche individuelle Lernberatung ersetzt werden. Wir wollen sicherstellen, dass alle Eltern, die dies wollen, ihr Kind auf eine Gesamtschule schicken können.</p> <p>Wir GRÜNE wollen Warteschleifen beim Übergang von der Schule in eine berufliche Ausbildung durch bessere Unterstützung zum Einstieg in die duale Ausbildung überflüssig machen. Wenn dies in Einzelfällen nicht gelingt, wollen wir diese Warteschleifen durch eine anerkannte Berufsausbildung mit staatlicher Förderung ersetzen. Wer sich nachweislich mehrfach erfolglos um einen Ausbildungsplatz im dualen System beworben hat, soll nach maximal einem halben Jahr in eine berufliche Ausbildung in einem anerkannten Beruf eintreten (Hamburger Modell), zum Beispiel an einer Berufsbildenden Schule in Kooperation mit einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte und/oder mit Betrieben.</p>
LINKE	<p>Die bisherigen Ansätze, den Elementar- und Primarbereich enger zu verzahnen, werden von der LINKEN grundsätzlich begrüßt. Es ist fatal, wenn sich Kinder/Jugendliche/Eltern erst mit der neuen Umgebung auseinandersetzen, wenn der Wechsel stattfindet. Durch frühzeitiges Informieren und „Reinschnuppern“ können Umstellungsprozesse verbessert werden und früh dabei mithelfen, dass die Eltern und die Kinder Vertrauen und Zutrauen in „ihre“ Grundschule gewinnen. Kooperationen dürfen aber nicht zu einem faktischen Vorziehen des Schulstarts führen. Die Eigenheiten der jeweiligen Bildungsbereiche müssen gewahrt bleiben, stets muss die alters- und entwicklungsgerechte Förderung im Mittelpunkt des Bildungsprozesses stehen. Das Modellprojekt „Brückenjahr“ wurde von den teilnehmenden Kommunen sehr gut angenommen und bewertet, daher setzen wir uns dafür ein, dass das Programm mit Landesmitteln weiterläuft.</p> <p>Wie zu Frage 1 aufgeführt tritt DIE LINKE für das gemeinsame Lernen bis Klasse 10 ein. Dies bedeutet einen fundamentalen Wechsel beim Übergang in die Sek I, weil es kein Aufteilen der Kinder auf unterschiedliche Schulformen mit unterschiedlichen Bildungschancen mehr gäbe. Klar ist aber auch, dass wir ein solchen Umschwung keinesfalls „von oben“ verordnen werden, sondern er „von unten“ wachsen muss. Daher setzen wir uns für die oben erwähnten strukturellen Veränderungen ein.</p> <p>Um den Übergang von der Schule in den Beruf zu meistern, brauchen wir erhebliche Verbesserungen bei der Berufsorientierung. DIE LINKE plädiert dafür, dass ab Klasse 8 jede Schülerin und jeder Schüler eine Ansprechperson für Fragen der Berufswahl erhält. Diese Ansprechperson ist gesondert für diese Aufgabe geschult und wird nicht von der Kommune oder regionalen Wirtschaft bezahlt, um Interessenskonflikte zwischen den SchülerInnen und der regionalen Arbeitskräftenachfrage zu vermeiden. Im Zentrum stehen dabei eindeutig Aspekte wie Beratung und Information. In den allgemein bildenden Schulen finden berufsorientierende, aber keine berufsvorbereitenden Maßnahmen statt. Eine enge Verzahnung zwischen Hauptschule und einer Berufsbildenden Schule, in der die Allgemeinbildung ins Hintertreffen gerät und die Berufsvorbereitung/-ausbildung an ihre Stelle tritt, lehnt DIE LINKE ab.</p>

	<p>2. Übergänge Wie soll die Verknüpfung zwischen Primarbereich und Elementarbereich gestaltet werden? Planen Sie Veränderungen beim Übergang von Primarbereich in den Sekundarbereich I? Wie wollen Sie beim Übergang Schule/Beruf eine positive Bildungsbiografie für jeden realisieren?</p>
LINKE	<p>Um einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu erhalten, fordert DIE LINKE eine Ausbildungsplatzumlage zur Finanzierung zusätzlicher Plätze. Wer über Bedarf ausbildet, soll von dieser Umlage profitieren. Wer nicht ausbildet, obwohl es möglich wäre, soll zahlen. Grundsätzlich sollen Betriebe mit mindestens zehn Beschäftigten zur Ausbildung verpflichtet werden. Des Weiteren setzen wir uns dafür ein, dass Jugendliche, die sich vergeblich um einen Ausbildungsplatz beworben haben, zur Überbrückung ein gleichwertiges öffentlich gefördertes Angebot erhalten. Ziel dieser Maßnahme ist es, die Jugendlichen zu einem späteren Zeitpunkt – beispielsweise zum Beginn des zweiten Lehrjahres – in diese Duale Ausbildung zu integrieren. Falls auch diese spätere Integration scheitern sollte, endet das öffentliche Angebot mit einer Kammerprüfung, so dass am Ende formal betrachtet ein gleichwertiger Abschluss zu einer betrieblichen Ausbildung steht.</p> <p>Somit gäbe es de facto eine Ausbildungsplatzgarantie in Niedersachsen, wodurch jede/r Jugendliche eine realistische Chance auf einen Ausbildungsabschluss hätte, ohne vorher jahrelang in beruflichen Warteschleifen parken zu müssen.</p> <p>Den Übergang von der Schule ins Studium wollen wir durch eine Ausweitung der Studienplätze verbessern, die bis zum Masterabschluss ausfinanziert sind. Es darf nicht sein, dass nur jeder zweite Studierende die Möglichkeit bekommt, einen Masterabschluss zu machen, und die anderen 50 % mit einem Bachelor-Abschluss gezwungenermaßen auf Arbeitsplatzsuche gehen müssen. Ferner brauchen wir eine Senkung der sozialen Hürden im Studium durch eine sofortige Abschaffung der Studiengebühren und nicht-rückzahlbare BAföG-Zuschüsse für Bedürftige.</p> <p>Wenn der Übergang von Schule in den Beruf gelingen soll, müssen alle Bildungsbereiche mitmachen und wirksame Verbesserungen zur quantitativen Steigerung und qualitativen Verbesserung ergreifen.</p>
PIRATEN	<p>Wir wollen Familien auch den Zugang zu frühkindlicher Bildung erleichtern und ermöglichen. Dies ist ein wichtiger Bestandteil des ganzheitlichen, lebenslangen Lernens.</p> <p>Die AG Bildung arbeitet seit Beginn ihrer Arbeit an einem Konzept der vollen Gesamtschule, das vorsieht, dass mit der 1. Klasse bereits begonnen wird, und in den Lernjahren eins bis sechs „liquid schooling“ als "Klassenbildungsprinzip" eingeführt wird. So ist ein individueller Übergang von Grundschule zu weiterführender Bildung ohne Schulwechsel möglich.</p> <p>Dieses Konzept wurde auf Programmparteitagen bereits mehrheitlich unterstützt, ist aber bisher noch nicht ins Programm aufgenommen worden, da es noch weiter ausgearbeitet werden soll.</p> <p>Die Piraten setzen sich dafür ein, dass eine Ausbildung jedem im Anschluss an die Schule ermöglicht wird. Welche Maßnahmen zu einer Ausbildungsgarantie führen werden, hängt von der politischen Konstellation ab. Wir Piraten erachten perspektivisch ein Ausbildungs- und Studiengeld (als Ersatz für das derzeitige BAföG) als vielversprechend.</p> <p>Eine entsprechende Begleitung durch Bildungcoaches an den Schulen ist dafür sicherlich obligatorisch.</p>

	<p>3. Demografischer Wandel Welche Chancen sehen Sie im Demografischen Wandel für die qualitative Weiterentwicklung der Schulen?</p>
<p>CDU</p>	<p>Mit der Einführung der Oberschule haben wir die notwendigen strukturellen Schlüsse aus den Herausforderungen des demografischen Wandels gezogen. Um die Unterrichts- und Bildungsqualität zu steigern, stärken wir die Eigenverantwortliche Schule weiter und begleiten diese u. a. durch eine bedarfsgerecht weiterentwickelte Schulinspektion. Ferner plant Niedersachsen mit fünf weiteren Bundesländern ab 2014 ein ländergemeinsames Abitur auf Basis gemeinsamer Bildungsstandards, erarbeitet vom Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB). Damit werden wir zu einer länderübergreifenden Anpassung der Bildungsinhalte an den Gymnasien kommen und eine erhöhte Mobilität sowie verbesserte Vergleichbarkeit des Abiturs erreichen.</p>
<p>SPD</p>	<p>Bereits in den nächsten Jahren wird nach wissenschaftlichen Prognosen die Gesamtzahl der Menschen in Niedersachsen um fünf Prozent zurückgehen. Infolge des demografischen Wandels gibt es seit 2003 aktuell über 90.000 Schülerinnen und Schüler weniger in Niedersachsen. Die Auswirkungen sind regional unterschiedlich. Damit verbunden sind große gesellschaftspolitische Fragestellungen: Welche Lebensperspektiven gibt es für die Menschen in den einzelnen Landesteilen? Wie ist die Chancengleichheit der Bildung zu gewährleisten? Wie sieht die Zukunft von Arbeitsmarkt und Wirtschaft aus, wenn die Zahl junger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um etwa ein Viertel zurückgeht – gleichzeitig aber die Anforderungen an deren Qualifikation steigen?</p> <p>Eine SPD-Landesregierung wird alle gesellschaftspolitischen Felder, Bildungs-, Familien- und Gesundheitspolitik, Verkehrspolitik, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, Struktur- und Regionalpolitik auf die demografische Herausforderung beziehen und dafür Handlungsprogramme entwickeln. Sie wird dabei die bevorstehenden gesellschaftlichen Veränderungen als Querschnittsaufgabe betrachten und den Umgang damit im Dialog mit den wichtigen gesellschaftlichen Gruppen entwickeln.</p> <p>Besondere Probleme mit den Folgen des demografischen Wandels ergeben sich für die Grundschulen. Bei vielen von ihnen ergeben sich Größeneinheiten, die die kommunalen Schulträger in ihrer jeweiligen Verantwortung zu dem Schluss kommen lassen, dass ein qualitativ hochwertiges Schulangebot nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Wir werden in solchen Fällen die Schulträger nicht mit der schwierigen Situation allein lassen. Deswegen werden wir ein Konzept für kleine und kleinste Grundschulstandorte erarbeiten, nach dem die Anrechnungsstunden für Schulleitungen bei der Schulzusammenlegung erhalten bleiben und die Lehrersollstunden anteilig als Vertretungsreserve für eine Unterrichtsgarantie im vollen Umfang der Stundentafel verwendet werden. Dieses Konzept werden wir dort, wo dies gewünscht wird, mit Eltern und Schulträgern diskutieren.</p>
<p>FDP</p>	<p>Für die FDP ist klar: Alle Ressourcen müssen im System bleiben. Die frei werdenden Mittel wollen wir in kleinere Klassen, Sozialpädagogen, mehr Förderstunden und die Umsetzung der Inklusion investieren.</p>
<p>GRÜNE</p>	<p>Der Demografische Wandel stellt uns vor die Herausforderung, auch in dünn besiedelten Gebieten ein vollständiges schulisches Angebot wohnortnah zur Verfügung zu stellen. Zugleich wollen wir die demografische Entwicklung nutzen, um kleinere Klassen und eine bessere Personalausstattung in den Schulen zu verwirklichen, damit SchülerInnen besser gefördert werden.</p>
<p>LINKE</p>	<p>Der Demografische Wandel wird in den Regionen Niedersachsens nicht einheitlich verlaufen. Zwar werden landesweit die SchülerInnenzahlen erheblich sinken, aber konkret vor Ort sieht dies sehr unterschiedlich aus; der Spannweite zwischen bevölkerungsarmen Regionen und Boom-Regionen wird zunehmen. DIE LINKE steht dafür, dass nicht nur die sog. „Demografische Rendite“ im Bildungsbereich verbleibt, sondern auch, dass grundsätzlich mehr in Bildung investiert wird, um die Qualität zu verbessern. Wohnortnahe schulische Angebote müssen erhalten bleiben, insbesondere im Grundschulbereich. Aber auch bei den Berufsbildenden Schulen darf der sinkende Anteil an SchülerInnen nicht dazu führen, dass man im Rahmen der schulischen Ausbildung durch ganz Niedersachsen reisen muss, um sein Angebot wahrnehmen zu können.</p> <p>Die erwarteten kleineren Gruppen können und müssen zur Qualitätsverbesserung genutzt werden und Stärkung der individuellen Förderung genutzt werden. Klar ist aber auch, dass parallel zur Absenkung der SchülerInnenzahlen mit der Inklusion eine große Aufgabe auf die Schulen wartet, die besonders in der Übergangszeit erhebliche Kräfte und Fortbildungsbedarf binden wird. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass der individuelle Betreuungsbedarf aller Schülerinnen und Schüler grundsätzlich im Mittelpunkt steht und sich die Maßnahmen des Landes nach dieser Messlatte zu richten haben.</p>

	<p>3. Demografischer Wandel Welche Chancen sehen Sie im Demografischen Wandel für die qualitative Weiterentwicklung der Schulen?</p>
PIRATEN	<p>Die statistische Problematik war seit Ende der 90er Jahre bekannt. Die Politik hat nicht darauf reagiert, und so kam es zu überfüllten Klassen und überlasteten Lehrern. In den nächsten Jahren wird sich die Schülerzahl zurückentwickeln, was wieder kleinere Klassenstrukturen und bessere Arbeitsbedingungen ermöglicht, aber noch keine substanzielle Verbesserung bedeutet. Wir müssen die Chance des demografischen Wandels nutzen, endlich in die Bildung investieren und die Schüler-Lehrer-Relation optimieren.</p> <p>Aufgrund der veränderten sozialpolitischen und gesellschaftlichen Bedingungen ist eine intensivere Betreuung mit auch sozialpädagogisch ausgebildeten Lehrern (ähnlich wie in Finnland) anzustreben und die Lehrerausbildung dahingehend weiterzuentwickeln.</p>

	<p>4. Ganzttag Wie soll der schulische Ganzttag in allen Schulformen umgesetzt und finanziert werden?</p>
<p>CDU</p>	<p>Bis 2020 wollen wir möglichst alle weiteren Schulformen in Niedersachsen zu teilgebundenen Ganzttagsschulen als wertvollen Lern- und Lebensraum freiwillig ausbauen. Die niedersächsischen Schulen kooperieren im Rahmen der Ganztagsangebote bereits heute mit vielen außerschulischen Institutionen. Wir wollen diese Kooperationen auch zukünftig unterstützen. Wir werben für die Zusammenarbeit von Schulen mit den Trägern der Jugendarbeit, den Sportvereinen und weiteren Vereinen und Verbänden, mit deren gesellschaftlichem Engagement der Lernort Schule gewinnt. Diese wollen wir besonders unterstützen, um Maßnahmen der Jugendarbeit in Kooperation mit den Schulen zu erleichtern und zu fördern.</p>
<p>SPD</p>	<p>Wir werden perspektivisch einen ordentlich ausgestatteten Ganztagsbetrieb an den niedersächsischen Schulen ermöglichen. Dazu gehört, dass wir zunächst das große Chaos der CDU-Kultusminister in den Griff bekommen und das Problem der „Altfälle“ bei den Honorarverträgen lösen müssen. Wir werden den Ganzttagsschulen einen Betrieb mit rechtssicheren Arbeitsverhältnissen ermöglichen.</p> <p>Wir werden die Finanzierung so gestalten, dass der Ganzttag nicht mehr vom Geldbeutel der einzelnen Kommune abhängig ist. Nachdem wir die offenen Ganzttagsschulen in ein ordentliches Fahrwasser gebracht haben, können wir uns auf den Weg machen, zusätzliche neue Ganzttagsschulen zu errichten. Da dies unter den gegenwärtigen finanziellen Rahmenbedingungen nicht in einem Schritt zu leisten ist, wird der Ausbau einem Prioritäten- und Stufenplan folgen. Dabei finden Grundschulen neben integrierten Gesamtschulen vorrangig Berücksichtigung. Ebenfalls Priorität werden Schulen mit hohem Bedarf an Ganztagsbetreuung mit vollwertiger Förderung erhalten. Dies sind z. B. Schulen, die von vielen Kindern mit Migrationshintergrund oder mit erhöhtem Armutsrisiko besucht werden.</p>
<p>FDP</p>	<p>Aus der demographischen Rendite werden auch die Mittel für die Ganzttagsschulen bereit gestellt. In einem ersten Schritt werden wir die teilgebundene Ganzttagsschule einführen und in einem zweiten Schritt die Gebundene. Hierbei wird keine Schulform bevorteilt oder benachteiligt.</p>
<p>GRÜNE</p>	<p>Wir GRÜNE wollen die niedersächsischen Schulen schrittweise zu gebundenen Ganzttagsschulen weiterentwickeln – mit einer verbindlichen Kernzeit von der Grundschule an, die die Zeit von acht bis 15 Uhr umfasst. Anschließend soll sich ein freiwilliges pädagogisches Betreuungsangebot, das Hortstandards entspricht. Grundlage wird ein verbindliches Rahmenkonzept sein, das ausgehend von den Erfordernissen der SchülerInnen einen sinnvollen Lernrhythmus ermöglicht und Spielraum für die Ausgestaltung des örtlichen Ganzttagsschulkonzepts eröffnet. Dabei sind ein gesundes Mittagessen, Sport und Bewegung sowie kreative Angebote unverzichtbar.</p> <p>Da der Ausbau der Ganzttagsschulen erhebliche Kosten verursacht, ist er nur schrittweise möglich. Zur Einnahmeverbesserung des Landes setzen wir auf eine Steuerreform etwa bei den Erbschaftssteuern. Auch der Ausbau der Ganztagsangebote selbst würde mittelbar durch die Erleichterung der Berufstätigkeit der Eltern, insbesondere der Mütter, zu erheblichen Einkommens- und Umsatzsteuer-Mehreinnahmen führen. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Mehreinnahmen dem Land zufließen.</p>
<p>LINKE</p>	<p>DIE LINKE möchte den gebundenen Ganzttag ausbauen. Das hätte zur Konsequenz, dass die Nachmittagsangebote zur Pflicht und somit vom Land finanziert würden. Die Vorteile eines solchen Ganzttagsangebots liegen in der Möglichkeit, ein rhythmisiertes Angebot an Pausen und Anspannung, an körperlicher Betätigung oder Erholung oder an Kleingruppen-/Individualunterricht und Frontalunterricht zu ermöglichen, um damit den Schulstress sowohl für LehrerInnen als auch für SchülerInnen zu minimieren. Wenn die Ganztagsangebote vorbei sind, haben die SchülerInnen Frei-Zeit im wahrsten Sinne des Wortes, weil aus Hausaufgaben Schulaufgaben geworden sind. Die Angebote im schulischen Ganzttag müssen von pädagogisch qualifizierten Kräften kommen, hierbei ist eine Einbindung von regionalen Angeboten, beispielsweise aus Kunst, Musik oder Sport, durchaus möglich. Sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverträge müssen dabei der Regelfall sein, die bisherige Praxis mit den ausufernden Honorarverträgen wird DIE LINKE abstellen. Die Vergabe von Honorarverträgen führte zu tausendfachem Rechtsbruch und der Zurückhaltung von Löhnen von mehreren Millionen Euro. DIE LINKE wird dies nicht fortführen.</p>

	4. Ganztag Wie soll der schulische Ganztag in allen Schulformen umgesetzt und finanziert werden?
PIRATEN	Strukturell ist das im Rahmen der Gesamtschule bereits durchdacht. Sowohl die IGS als auch die angestrebte volle Gesamtschule bieten dafür die konzeptionelle Basis. Finanzieren müssen wir das durch gezielte Umschichtung des Landeshaushaltes und durch Stärkung der Kommunalfinanzen. Die Verteilung der Finanzmittel zwischen Bund, Ländern und Gemeinden muss ihren Aufgaben entsprechend neu geregelt werden.

	<p>5. Inklusion Was wollen Sie tun, damit inklusive Bildung für alle gelingt?</p>
<p>CDU</p>	<p>Die gemeinsame Unterrichtung von Kindern mit und ohne Behinderung ist ein elementarer Beitrag für ein integratives Zusammenleben. Dabei hat das Kindeswohl oberste Priorität. Wir dürfen niemanden überfordern: nicht die Kinder, nicht die Lehrkräfte, nicht die Eltern. Mit großer Mehrheit hat der Niedersächsische Landtag im März 2012 das Gesetz zur Einführung der inklusiven Schule verabschiedet.</p> <p>In Niedersachsen können damit Schülerinnen und Schüler mit und ohne Behinderung an jeder Schule entsprechend ihren Bedürfnissen und Ansprüchen lernen. Das Land investiert in den kommenden Jahren rund 1.000 zusätzliche Lehrerstellen in die Umsetzung der Inklusion. Alle Grundschulklassen erhalten eine sonderpädagogische Grundversorgung. Darüber hinaus werden abhängig von der Behinderungsart weitere drei bis fünf Förderstunden gewährt, um dem Unterstützungsbedarf von Kindern mit Behinderungen gerecht zu werden. Auch können die Eltern beim zuständigen Jugendhilfeträger einen zusätzlichen Integrationshelfer beantragen. Die Klassen werden zudem auch kleiner. Jedes Kind mit Behinderung wird bei der Festlegung der Klassengröße doppelt gewichtet werden. Wir sorgen für eine bedarfsgerechte Ausstattung aller inklusiven Schulen mit sonderpädagogischem Personal und Förderstunden. Bereits jetzt bereiten wir die Lehrkräfte durch Fortbildungen mit sonderpädagogischen Lehrinhalten auf die Inklusion vor. Künftige Lehrkräfte machen wir mit angepassten Studieninhalten während der Lehrerausbildung fit für diese neuen Anforderungen.</p> <p>Um die inklusive Bildung auch im Bereich der Weiterbildung und Qualifizierung zu sichern, wollen wir Grundbildungsangebote ausbauen und die Attraktivität des Persönlichen Budgets sowie des Budgets für Arbeit weiter steigern. Ferner wollen wir verstärkt „Leichte Sprache“ nutzen, um die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu erleichtern.</p>
<p>SPD</p>	<p>Auf allen Ebenen der schulischen Bildung folgt die SPD dem Leitbild „Gute Schule“. Nach diesem Leitbild soll sie individuelle und soziale Chancengleichheit eröffnen und damit durchlässig werden. Dies schließt ebenfalls auf allen Ebenen der frühkindlichen und schulischen Bildung die Inklusion, den gemeinsamen Schulbesuch von Kindern mit und ohne Behinderung, als Selbstverständlichkeit ein.</p> <p>Eine SPD geführte Landesregierung wird zur Verwirklichung der Inklusion im Bildungsbereich in einem Aktionsprogramm einen zeitlichen Rahmen der inklusiven Bildung festlegen. Das Programm wird im Dialog mit den Betroffenen, Eltern, kommunalen Spitzenverbänden, Verbänden und dem Landesbehindertenbeauftragten entwickelt. Im Kultusministerium werden wir einen „Inklusionsbeirat“ einrichten, um die Auswirkungen des Gesetzes zur Einführung der inklusiven Schule zu begleiten. In allen Kindertagesstätten und Schulen werden wir bedarfsgerecht Personal sicherstellen und die Gruppen- und Klassengrößen deutlich senken. Zudem werden wir ein Investitionsprogramm über die Barrierefreiheit für eine inklusive Ganztagsgrundschule als Teilfinanzierungsprogramm für Schulträger auflegen.</p>
<p>FDP</p>	<p>Insgesamt werden 45 Mio. € pro Jahr mehr in den Bildungsetat gesteckt, damit das Projekt Inklusion gelingen kann. Aber natürlich kommt es auf mehr an, als nur die finanziellen Mittel bereit zu stellen. Die Ausbildung der Lehrkräfte und Sonderpädagogen muss auf die neuen Aufgaben verstärkt ausgerichtet werden. Insbesondere werden wir ein berufsbegleitendes Studium zum Sonderpädagogen anbieten. Uns liegt aber auch daran, dass Eltern sich künftig bewusst auch für eine Förderschule entscheiden können.</p>
<p>GRÜNE</p>	<p>Wir wollen die Förderschulen zu Förderzentren weiterentwickeln und schrittweise in die bestehenden allgemeinen Schulen integrieren. Dabei werden wir in den Förderschulen mit den Schwerpunkten Lernen, Sprache und emotionale und soziale Entwicklung beginnen. Die Ressourcen zur sonderpädagogischen Förderung sollen vollständig erhalten und auf die inklusiven Schulen übertragen werden. Die Schulen sollen darüber hinaus mit kommunalen Unterstützungseinrichtungen der Jugendhilfe und des Gesundheitsdienstes besser vernetzt werden. Mit einer Qualifizierungsoffensive wollen wir die Lehrkräfte auf ihre neue Aufgabe vorbereiten und sie begleitend unterstützen. Wichtig ist, dass jedes Kind unabhängig vom Unterstützungsbedarf das uneingeschränkte Recht auf einen inklusiven Schulplatz wahrnehmen kann. Inklusion bedeutet für uns auch, für Kinder mit außergewöhnlichen Begabungen die erforderlichen Lernbedingungen zu schaffen.</p>

	<p>5. Inklusion Was wollen Sie tun, damit inklusive Bildung für alle gelingt?</p>
<p>LINKE</p>	<p>Die Inklusion ist die wahrscheinlich größte Herausforderung, vor der das Schulwesen in den nächsten Jahren steht. Aus Sicht der LINKEN müssen wir informieren, investieren und ausbilden. Bei dem Umstellungsprozess müssen dabei stets die Betroffenen eingebunden sein.</p> <p>Das Informieren ist wichtig, um Vertrauen und zu schaffen und bestehende Vorurteile und Sorgen auf allen Seiten abzubauen. Viele Eltern von Kindern mit Behinderung befürchten, dass die Qualität der Unterstützung mit Umsetzung der Inklusion leidet und außerhalb des Schonraums Förderschule ihr Kind große Probleme in Bezug auf schulische Leistungen, Persönlichkeitsentwicklung und durch das möglicherweise ausgrenzende Verhalten der MitschülerInnen bekommen. Gleichzeitig besteht bei Eltern und SchülerInnen ohne Behinderung die Sorge, dass ein Kind mit Behinderung den Klassenverband „sprengen“ könnte und das Leistungsniveau nach unten reißen könnte. Beide Sorgen muss man ernst nehmen und auf sie eingehen. DIE LINKE ist dabei der Überzeugung, dass die Inklusion nur gelingen kann, wenn die Förderressourcen aus den Förderschulen vollständig auf die inklusiv arbeitenden Schulen übertragen werden und somit keine Abstriche vorgenommen werden müssen. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe darauf hinzuwirken, dass das gemeinsame Leben, Lernen und Arbeiten von Menschen mit und ohne Behinderung zum selbstverständlichen Alltagserlebnis wird und Ausgrenzung keinen Platz hat. Dazu bedarf es aber auch zahlreicher öffentlicher Investitionen, um wirkliche Barrierefreiheit in den Schulen sicherstellen zu können und die Förderressourcen erhalten zu können. Die Kommunen können mit den baulichen Aufgaben unmöglich alleine gelassen werden. Das Ziel muss eine große Lösung unter Einschluss der Bundesebene sein: das Kooperationsverbot in Bildungsfragen, das im Grundgesetz steht und gegen die Stimmen der LINKEN beschlossen wurde, muss dafür rückgängig gemacht werden, damit der Bund sich an der Umsetzung der Inklusion beteiligen kann.</p> <p>Um Vertrauen zu gewinnen und Inklusion zum Erfolg zu machen, brauchen wir auch ein massives Fortbildungsprogramm für die beschäftigten Lehrkräfte und eine Neuausrichtung der Lehrerbildung. Inklusivpädagogische Ansätze müssen Bestandteil der Ausbildung aller Lehrkräfte werden, die gegenwärtig Beschäftigten brauchen eine Fortbildung, um diese Aufgabe angehen zu können.</p> <p>Der Ansatz des Schulgesetzes, dass jede Schule eine inklusive Schule ist, ist richtig. Aber er muss auch mit Leben gefüllt werden, damit Inklusion nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Praxis stattfindet.</p>
<p>PIRATEN</p>	<p>Es müssen alle "Besonderheiten" einbezogen werden. Bisher liegt hier der Fokus auf Barrierefreiheit. Dass es nach der UN-Konvention auch eine Vielzahl anderer Behinderungen zu einer vollen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gibt, wird hier außer Acht gelassen. Insbesondere ist dabei die Rede von Kindern mit Lese-Rechtschreibschwächen, Dyskalkulie und besonderem Förderbedarf im Bereich des sozial-emotionalen Verhaltens usw. Neben der Informationsarbeit, die aus Piratensicht durch eine Landeszentrale für politische und Medienbildung umgesetzt werden sollte, müssen entsprechende bauliche wie auch personelle Voraussetzungen geschaffen werden. (Auch hier ist Finnland beispielgebend, dass es umsetzbar ist, wenn der politische Wille dazu vorhanden ist.)</p>

	<p>6. Lehrerbildung Wie wollen Sie die Lehrerbildung weiterentwickeln, damit die Lehrerinnen und Lehrer ihren Bildungsauftrag umfassend erfüllen können?</p>
CDU	<p>Für die Qualität der Schule spielt die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte eine wesentliche Rolle. Wir haben in Niedersachsen nicht nur mehr Lehrkräfte als jemals zuvor, sondern auch Lehrkräfte, die gut ausgebildet sind. Um den veränderten Anforderungen noch besser gerecht zu werden, ordnen wir die Lehrerausbildung mit Blick auf die Grund-, Haupt- und Realschulen sowie die Oberschulen auf dieser Basis neu. Die Umstellung des Lehramtsstudiums auf Bachelor- und Masterabschlüsse hat schon heute zu Veränderungen in der Laufbahnverordnung geführt. Künftig wird es wieder ein eigenständiges Lehramt für Grundschulen geben sowie ein Lehramt für Oberschulen eingeführt. Potenzielle Lehramtsanwärter sollen künftig im Vorfeld ihrer Berufswahl verstärkt auf die Anforderungen ihrer späteren Tätigkeit vorbereitet werden. Durch die Regionalisierung und Neuordnung soll die Lehrerfortbildung weiter professionalisiert werden. Wir prüfen nach dem Vorbild anderer Bundesländer die Einführung eines Punktesystems, das alle Lehrkräfte und Schulen verpflichtet, sinnvolle Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen regelmäßig zu nutzen. Das Land wird hierfür die Zahl der Fortbildungstage erhöhen und die Fortbildungsmittel erhöhen. Eine höhere Verbindlichkeit der Lehrerfortbildungen ist uns wichtig.</p>
SPD	<p>Fundament der „Guten Schule“ ist eine Lehrerinnen- und Lehrerbildung, die an die veränderte Schulwirklichkeit angepasst ist – an neue Familien- und Erziehungsstrukturen, heterogenere Zusammensetzung der Klassen, die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund und die Verwirklichung der Inklusion. Mangelnder Praxisbezug im Studium oder Probleme beim Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium müssen der Vergangenheit angehören. Eine SPD-geführte Landesregierung wird deshalb ein Lehrerbildungsgesetz auf den Weg bringen, um die Lehrerbildung praxisnah zu modernisieren. Lehrkräfte müssen die Kompetenz erwerben, sich am Förderbedarf der einzelnen Schüler auch im Rahmen der Inklusion zu orientieren. Fakultätsübergreifende Zentren für Lehrerausbildung und Schulforschung an den Universitäten sollen diese Ausbildungsziele sichern.</p>
FDP	<p>Die Lehrerausbildung muss schulartbezogen erfolgen. Das bedeutet, wir brauchen zukünftig ein Grundschullehramt genauso wie ein Oberschullehramt in Niedersachsen, neben dem Lehramt für Gymnasien. In allen Lehrämtern wollen wir mehr und frühere Praxiselemente während der Ausbildung.</p>
GRÜNE	<p>Wir GRÜNE werden eine Reform der LehrerInnenausbildung und eine Qualifizierungsoffensive für guten Unterricht auf den Weg bringen, um die Lehrkräfte auf die Herausforderungen einer inklusiven Pädagogik vorzubereiten. Wir setzen uns für eine gesetzliche Regelung für eine zukunftsorientierte LehrerInnenbildung ein. Wir werden ein Gesamtkonzept erarbeiten, in dem die universitäre Phase, der Vorbereitungsdienst und die berufsbegleitende Fort- und Weiterbildung aufeinander bezogen und gebündelt werden. Mit einem Programm für BerufsanfängerInnen wollen wir insbesondere den Übergang vom Studium in den LehrerInnenberuf verbessern. Darüber hinaus soll die berufsbegleitende Fort- und Weiterbildung verpflichtend eingeführt werden.</p>
LINKE	<p>Vier zentrale Punkte gibt es bei der Weiterentwicklung der Lehrerbildung: die Inklusion, die einphasige Lehrerausbildung, die engere Verzahnung von Theorie und Praxis und die Stufenlehrerausbildung.</p> <p>Im Einzelnen: Wie in der Antwort zu Frage 5 beschrieben, ist DIE LINKE der Überzeugung, dass jede Lehrkraft im Rahmen ihrer Ausbildung im Umgang mit behinderten Menschen geschult werden muss und die Inklusionspädagogik fester Bestandteil der universitären Lehrerausbildung werden muss. Zweitens sind wir der Überzeugung, dass eine junge Lehrkraft nach dem Master-Abschluss den Anspruch auf eine sichere Beschäftigungsperspektive hat und ein Gehalt bekommen sollte, das seiner Qualifikation und seiner Aufgabe entspricht. Wir wollen daher eine strukturierte und begleitete Berufseinstiegsphase für HochschulabsolventInnen, während der die Lehrkräfte als Teilzeitkraft in ihrer Besoldungs-/Gehaltsstufe entsprechend bezahlt werden sollen. Es ist ein Unding, wenn wir MasterabsolventInnen mit gut 1000 Euro brutto abspeisen, wie es derzeit der Fall ist. Diese Umstellung ist vor allem dadurch gerechtfertigt, dass während der universitären Bildung die Verzahnung von Theorie und Praxis verbessert wird und die jungen Lehrkräfte frühzeitig vor einer Klasse stehen und ihre Arbeit in einem begleitenden Uni-Seminar reflektieren können. Der Praxisanteil muss fester Bestandteil während der Bachelorphase sein und darf nicht erst</p>

	6. Lehrerbildung Wie wollen Sie die Lehrerbildung weiterentwickeln, damit die Lehrerinnen und Lehrer ihren Bildungsauftrag umfassend erfüllen können?
LINKE	durch ein Praxissemester im Masterabschnitt in die Ausbildung integriert werden. Viertens wollen wir eine Umstellung der Ausbildung: weg von der schulformbezogenen Ausbildung, hin zu einer schulstufenbezogenen Ausbildung. Die Aufteilung in Gymnasial-Lehramt auf der einen Seite und Haupt-/Realschule dient vor allem dazu, die bessere Bezahlung der GymnasiallehrerInnen zu rechtfertigen. Die Aufgaben der Lehrkräfte sind aber an alle Schulen gleichwertig: es geht darum, die SchülerInnen mit ihren heterogenem individuellen Hintergrund bestmöglich zu fördern. Diese Herausforderung ist an Haupt- oder Realschulen oftmals größer als an Gymnasien, weil die familiären Rahmenbedingungen anders sind. Eine schlechtere Bezahlung und eine schlechtere Ausbildung sind daher überhaupt nicht angezeigt und muss geändert werden. Wir brauchen Lehrkräfte, die in heterogen zusammengesetzten Gruppen die SchülerInnen alters- und entwicklungsgerecht fördern können.
PIRATEN	Das Lehrerstudium darf kein "Ausweichstudium" sein, sondern die Eignung zum Lehrerberuf muss sorgfältig geprüft, aufgebaut und begleitet werden. Zum Lehrerberuf sollten Anwärter besondere Fähigkeiten mitbringen, so z.B. eine gewisse Aufopferungsgabe, Interesse am persönlichen Lernzuwachs des Einzelnen, emotionale Festigkeit bzw. die Bereitschaft zum Umgang mit schwierigen pädagogischen und auch persönlichen Situationen. Ein paralleles sozialpädagogisches Studium halten wir für langfristig notwendig. Auch hier gilt, dass wir investieren müssen, wenn wir eine Zukunftsperspektive entwickeln wollen.

	<p>7. Eigenverantwortliche Schule Welche Chancen sehen Sie in der Weiterentwicklung der Eigenverantwortlichen Schule? Wie wollen Sie die Mitbestimmungsrechte von Eltern und Schülern stärken?</p>
<p>CDU</p>	<p>Aus Sicht der CDU in Niedersachsen ist die Einführung der Eigenverantwortlichen Schule ein gelungenes Beispiel zukunftsfähiger Schulpolitik, die regionalen Unterschieden angemessen Rechnung trägt und gleichzeitig die Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen gewährleistet. Insbesondere im Bereich der Ganztagsangebote können die Eigenverantwortlichen Schulen die örtlichen Angebote noch besser integrieren, um sowohl im städtischen Umfeld als auch im ländlichen Raum qualitativ hochwertige und wohnortnahe Bildungsangebote vorzuhalten. Die Entlastungsinitiative für Schulleitungen haben wir erfolgreich gestartet. So wurden Schulleiter mit einer eigenen Arbeitszeitverordnung durch einen Sockelbetrag von Entlastungsstunden und der Möglichkeit, Leitungsaufgaben auf Lehrkräfte der Schule, insbesondere auf die ständige Vertretung und schulfachliche Koordinatoren zu übertragen, entlastet, um sich noch besser auf die Leitung einer Schule konzentrieren zu können. Durch 120 zusätzliche Stellen in der Landesschulbehörde werden die Schulleitungen insbesondere in komplexen Personal- und Vertragsangelegenheiten kompetent unterstützt. Den 2012 eingeschlagenen Kurs zur deutlichen Entlastung der Schulen von administrativen Aufgaben und bürokratischen Vorgaben gilt es nun fortzusetzen. Unsere Schulen brauchen mehr Zeit für Pädagogik. Deshalb werden wir die Landesschulbehörde weiter zu einem Dienstleister für unsere Schulen ausbauen.</p>
<p>SPD</p>	<p>Die gegenwärtige Übertragung von Entscheidungskompetenzen auf die Schulen muss evaluiert werden. Insbesondere bedarf es der Überprüfung der Belastung der Schulleitungen durch die neuen Aufgaben. Die Beteiligung von Eltern sowie von Schülerinnen und Schülern an den Entscheidungen des Schulvorstandes ist u. E. nach ausreichend. Allerdings werden wir prüfen, ob in den Konferenzen eine stärkere Repräsentanz der Eltern sowie der Schülerinnen und Schüler erwägenswert ist. Eine entsprechende Fortbildung für Eltern sowie Schüler und Schülerinnen muss dafür gewährleistet sein.</p>
<p>FDP</p>	<p>Wir brauchen eine Evaluation der derzeitigen Probleme für die Arbeit der Schulvorstände. Dementsprechend müssen niedrigschwellige Qualifizierungsangebote für Eltern und Schüler geschaffen werden, damit diese ihre Aufgaben auch erledigen können. Eigenverantwortliche Schule bedeutet für uns nicht Bürokratie, sondern Entwicklung der pädagogischen Qualität.</p>
<p>GRÜNE</p>	<p>Wir GRÜNE wollen vor allen Dingen die pädagogische Eigenverantwortung der Schulen stärken. Schulen kennen die Bedingungen vor Ort am besten. Sie benötigen Gestaltungsspielräume für Schwerpunktsetzungen, Profilbildung und die Entwicklung pädagogischer Konzepte zur Verwirklichung inklusiven gemeinsamen Lernens und individueller Förderung aller SchülerInnen. Wir GRÜNE wollen zusammen mit allen Beteiligten Eckpunkte für ein Programm „Gemeinsam gute Schule entwickeln – Demokratische Teilhabe verwirklichen“ erarbeiten. Damit erhalten Schulen eine Grundlage für mehr Demokratie und gemeinsame Gestaltung einer leistungsfähigen Schule. Wir wollen die staatliche Schulaufsicht so organisieren, dass sie Schulen ermutigt, eigenverantwortlich zu handeln.</p>
<p>LINKE</p>	<p>Eine Weiterentwicklung der Eigenverantwortlichen Schule darf auf keinen Fall zu einer stärkeren innerschulischen Hierarchie führen und darf auch nicht dazu missbraucht werden, Landesaufgaben ohne die Weitergabe von entsprechenden Ressourcen an die Schulen zu verlagern. DIE LINKE steht für starke Schulen, die sich auf ihre Hauptaufgabe, die bestmögliche Förderung der Schülerinnen und Schüler und die stetige Weiterentwicklung der Unterrichtsqualität, konzentrieren sollen. Lehrkräfte und SchulleiterInnen sind in erster Linie immer noch PädagogInnen und keine Verwaltungsmenschen. Daher wollen wir die Eigenständige Schule von diesen unterrichtsfernen Aufgaben zusehends entlasten und eine Landesschulbehörde als Serviceeinrichtung für die Schulen stärken. So soll die Landesschulbehörde beispielsweise für den Abschluss von Arbeits- und Dienstleistungsverträgen verantwortlich sein und die SchulleiterInnen von juristischen Fachfragen komplett entlasten.</p> <p>Innerhalb der Schule streben wir eine Re-Demokratisierung an, die den/die SchulleiterIn zu einem <i>primus inter pares</i> erklärt. In unserem Wahlprogramm steht die Forderung. „Wir fordern mehr Demokratie in der Schule durch die Wiedereinführung der Gesamtkonferenz als Hauptentscheidungsorgan. Hier wirken dabei SchülerInnen, Eltern, LehrerInnen und pädagogisches Fachpersonal gleichberechtigt mit.“</p>
<p>PIRATEN</p>	<p>Die langfristige Vorstellung der Piraten geht dahin, dass jede Schule eine weitgehende Autonomie bekommt, die sowohl die dezentrale Verwaltung als auch die Lehrinhalte (orientiert an Rahmenvorgaben) selbst gestaltet. Die Mitwirkung aller Betroffenen (Schüler, Lehrer, Eltern, Schulträger) könnte ein Übungsfeld für gelebte Mitwirkungs-Demokratie sein, wie sie die Piraten Gesamtgesellschaftlich anstreben.</p>

	<p>8. Qualitätsmanagement und Schulinspektion Wie soll Schule künftig systematisch Qualität entwickeln? Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Schulinspektion? Wie sollen Aktualität und Umsetzbarkeit der Curricula sichergestellt werden?</p>
<p>CDU</p>	<p>Nachdem mit der Einführung der Oberschule den strukturellen Herausforderungen des demografischen Wandels gebührend Rechnung getragen wurde, gilt der Verbesserung der Unterrichtsqualität künftig eine noch höhere Aufmerksamkeit. Gleiches gilt für die Lehrerfortbildung, die künftig verbindlicher organisiert und mit höheren Mitteln ausgestattet werden soll. Das Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung (NLQ) erfasst dazu künftig gezielt Informationen für die Qualitätsverbesserung und stellt sie den Schulen zur Verfügung. Die neu ausgerichtete Schulinspektion überprüft hierfür auch weiterhin schulformbezogene Qualitätsstandards und beleuchtet einzelne Bildungsaspekte wie z. B. Berufsorientierung oder Sprachförderung noch gezielter als früher. Da es zur Verdichtung von Unterrichtsinhalten gekommen ist, wollen wir den Unterrichtsstoff auch weiter entfrachten. Die entsprechenden Beschlüsse der Kultusministerkonferenz gilt es dabei zu beachten. Niedersachsen plant mit fünf weiteren Bundesländern zudem ab 2014 ein ländergemeinsames Abitur auf Basis gemeinsamer Bildungsstandards, erarbeitet vom Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB). Damit werden wir zu einer länderübergreifenden Anpassung der Bildungsinhalte an den Gymnasien kommen und eine erhöhte Mobilität sowie verbesserte Vergleichbarkeit des Abiturs erreichen.</p>
<p>SPD</p>	<p>Die Verbesserung der Schulqualität ist Aufgabe jeder einzelnen Schule. Es wird dafür gesorgt werden, dass der schulgesetzliche Auftrag, den Erfolg der Arbeit in der Schule jährlich zu überprüfen und bewerten, genauso ernst genommen wird, wie der Auftrag, Verbesserungsmaßnahmen zu planen. Die Arbeit der Schulinspektion soll nicht auf Anlässe und bestimmte Schulformen beschränkt werden. Alle Schulen müssen in nicht zu engen, aber regelmäßigen Abständen überprüft werden. Bei der Erstellung und Revision der Curricula sind wir auf die Mitarbeit der Hochschulen und die Koordination durch die KMK angewiesen.</p>
<p>FDP</p>	<p>Die Qualität der Schule muss zunächst die Chance haben, sich in Eigenverantwortung zu entwickeln. Dazu benötigen wir auch weiterhin die Schulinspektion, allerdings soll diese künftig auch verstärkt Hilfe bei der Qualitätsentwicklung anbieten. Die Curricula müssen fortlaufend überprüft und entfrachtet bzw. angepasst werden.</p>
<p>GRÜNE</p>	<p>Zentrales Ziel ist für uns die Verbesserung der Unterrichts- und Schulqualität. Um die Schulen bei der Qualitätsentwicklung wirkungsvoll zu unterstützen, soll ein Beratungs- und Unterstützungssystem, das den Schulen direkt und zeitnah zur Verfügung steht, neben der Schulaufsicht in einer eigenen Struktur gebündelt werden. Eigenverantwortung in einem staatlich verantworteten Bildungssystem erfordert Rechenschaftslegung. Wir GRÜNE wollen weiterhin eine Schulinspektion, die in regelmäßigen Abständen alle Schulen überprüft und nicht nur anlassbezogen einige wenige Schulen in den Blick nimmt. Wir wollen die Inspektion weiterentwickeln und stärken, damit sie als Spiegel der Schulqualität der einzelnen Schule für ihre weitere Entwicklung sinnvolle Hinweise liefert. Die schulischen Curricula sollen zu echten Kerncurricula weiterentwickelt werden, in denen festgelegt wird, welche Kompetenzen die Schülerinnen und Schüler erwerben sollen, und die den Schulen den nötigen Raum lassen festzulegen, anhand welcher Inhalte diese Kompetenzen erworben werden sollen. Es darf jedoch nicht nur um die Anhäufung von Wissen gehen, sondern darum, dieses Wissen auch anwenden zu können, um den täglichen Herausforderungen gewachsen zu sein. Dazu gehört auch die Fähigkeit, die eigenen Lernwege zu planen.</p>

	<p>8. Qualitätsmanagement und Schulinspektion Wie soll Schule künftig systematisch Qualität entwickeln? Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Schulinspektion? Wie sollen Aktualität und Umsetzbarkeit der Curricula sichergestellt werden?</p>
<p>LINKE</p>	<p>Die Schulen müssen vor allem in der Lage sein, selbst eine Qualitätsdiskussion zu führen und ihre Arbeit zu verbessern. Die Expertise für erfolgreichen Unterricht und gute Pädagogik sitzt zuallererst in der Schule selbst in Person der LehrerInnen, pädagogischen MitarbeiterInnen und den SchülerInnen bzw. den Eltern. Daher brauchen die Beschäftigten in der Schule ausreichend Freiräume für entsprechende Diskussionen; die Arbeitsbedingungen müssen diese Erleichterungen schaffen. DIE LINKE hat sich von Beginn an gegen eine flächendeckende Schulinspektion gewehrt, die Schulen bzw. eine nicht sauber definierte „Schulqualität“ vergleichbar machen kann und auf der Basis von kurzen Unterrichtsbesuchen Empfehlungen zur Verbesserung dieser „Schulqualität“ abgeben will und über Sanktionsmechanismen verfügt. Wir wollen anlassbezogene Schulberatung, die als Partnerin gegenüber den Schulen auftritt und nicht als Staatsanwalt, Richter und Vollstrecker in einer Person. Eine Vergleichbarkeit von Schulen halten wir für schwerlich machbar, weil der jeweils konkrete sozio-demographische Kontext einer Schule Berücksichtigung finden muss und ein Schulranking daher nicht seriös durchführbar ist.</p> <p>Die Curricula für die einzelnen Fächer, Klassenstufen und Schulformen dürfen nur einen Rahmen bzw. die Ziele für das Fach vorgeben, die konkrete Umsetzung – also der Weg zum Ziel – muss jeweils vor Ort erörtert und entschieden werden. DIE LINKE setzt sich daher auch gegen das Zentralabitur in der derzeitigen Form ein, weil es die Unterrichtsfreiheit in der gymnasialen Oberstufe zu stark einschränkt. Wir wollen einen vorgegebenen Aufgabenpool mit rechtssicheren Abituraufgaben und die Freiheit der Schule, von diesem Aufgabenpool abzuweichen und eigenständig Abituraufgaben zu erstellen. So viel Vertrauen in die Schule und in die Lehrkräfte muss sein.</p>
<p>PIRATEN</p>	<p>Wenn Lehrer Zeit genug haben, ihre Lehrinhalte zu entwickeln und nicht nur das Pauken von vorgegebenen Fakten vorbereiten, wird sich das Thema Qualität neu stellen. Werden die Mitwirkungsmöglichkeiten aller Beteiligten geschaffen, sind auch Wissenschaft und Forschung dabei, die die Fortentwicklung und Qualität begleiten können. Schulische Qualität lässt sich nicht an der Zahl der Abiturienten messen. An diesem "Leistungsdruck" krankt unser gesamtes Schulsystem. Vielmehr ist es wichtig, dass die Schule jedem Schüler einen persönlichen Lernzuwachs ermöglicht. Dieser ist u.U. nicht immer zentral zu messen, jedoch ist das "Bulimie-Lernen", wie es heute von vielen Schülern praktiziert wird, auch keine Lösung. Der Bereich der Ganzheitlichkeit sollte viel mehr gestärkt werden, indem in Projekten fächer- und jahrgangsübergreifend gelernt wird. Die Kleinen lernen von den Großen, und nicht jedes Fach wird starr einzeln unterrichtet. Es ergibt doch Sinn, in Biologie den Aufbau des Auges zu untersuchen, in Physik die Optik zu behandeln und in Mathematik die Berechnung von Strahlenbrechung zu lernen. Die Schulinspektion untersucht oft lediglich die Rahmenbedingungen, die eine Schule bietet. Zwar betrachtet sie auch den Unterricht, aber außer Kritik wird hinterher nichts gemacht. Der Bereich der kollegialen Hospitation und die konsequente Vor- und Nachbereitung von Unterrichtseinheiten im Team sind sehr viel erfolgversprechender und leichter zu realisieren, als eine zentrale Inspektion, die alle zehn Jahre durchgeführt wird. Dem Einzelkämpfertum unter den Lehrkräften gilt es konsequent zu begegnen.</p>

	<p>9. Schulsozialarbeit – Schulpsychologie - Schulberatung Wie sollen die schulischen Unterstützungssysteme qualitativ und quantitativ sichergestellt werden?</p>
<p>CDU</p>	<p>Durch die veränderte Kindheit ist dringend geboten, neben Lehrkräften auch andere pädagogische und therapeutische Fachkräfte in den Schulen zu haben. Die Erfahrungen mit dem Einsatz von Sozialpädagogen in der schulischen Arbeit sind sehr positiv. Der Einsatz von Sozialpädagogen bereits in der Grundschule wird die pädagogisch-erzieherische Arbeit für die Kinder nachhaltig verbessern. Deshalb wollen wir schrittweise in den nächsten Jahren die Versorgung mit Sozialpädagogen ausbauen und nehmen bis 2014 dazu zunächst die rund 300 Grundschulen in sogenannten Brennpunkten in den Blick. Bis 2018 erhalten alle Grundschulen sozialpädagogische Unterstützung. Zur Unterstützung unserer Lehrkräfte an allen Haupt- und Oberschulen sind auch diese mit Sozialpädagogen ausgestattet. Zur noch besseren Beratung und Unterstützung unserer Schulen wird die Zahl der Schulpsychologen kontinuierlich auf etwa 80 angehoben. Hinzu kommen rund 1.500 Beratungslehrer an unseren Schulen. Das so gestärkte Unterstützungssystem dient einer qualitätsorientierten Fortentwicklung unserer Schulen. Es ist uns u. a. auch durch den zielgerichteten Einsatz pädagogischer Fachkräfte gelungen, die Schulabbrecherquote fast zu halbieren. Diese wollen wir nochmals auf rund drei Prozent senken. Unser Land braucht die vielfältigen Begabungen und Fähigkeiten jedes Einzelnen. Wir wollen deshalb alle Schulen mit sozialpädagogischer Arbeit stärken. Bestehende Hauptschulen und die neuen Oberschulen verfügen über sozialpädagogische Unterstützung. Gerade in sogenannten Brennpunktschulen wollen wir Schwerpunkte setzen. Wir sorgen ferner für eine bedarfsgerechte Ausstattung aller inklusiven Schulen mit sonderpädagogischem Personal und Förderstunden. Bereits jetzt bereiten wir die Lehrkräfte durch Fortbildungen mit sonderpädagogischen Lehrinhalten auf die Inklusion vor. Künftige Lehrkräfte machen wir mit angepassten Studieninhalten während der Lehrerausbildung fit für diese neuen Anforderungen. In das Programm zur Durchführung spezifischer sozialpädagogischer Maßnahmen, um Schülerinnen und Schüler gezielt auf den Übergang Schule-Beruf vorzubereiten, werden im Sekundarbereich I auch die Förderschulen aufgenommen. Die Förderschulen werden künftig die Aufgaben sonderpädagogischer Kompetenzzentren übernehmen. Die Leitungen solcher Koordinierungszentren werden wir stärker entlasten. Schulische Sozialarbeit geht dabei über berufsorientierende Maßnahmen hinaus. Mentorenprogramme, die von der ausbildenden Wirtschaft und den Schulen vor Ort gemeinsam entwickelt werden, um die Ausbildungsfähigkeit förderbedürftiger Schüler zu verbessern, unterstützen wir.</p>
<p>SPD</p>	<p>Sozialdemokratische Bildungspolitik wird den Status Niedersachsens als Schlusslicht in Bezug auf die Betreuung durch Schulpsychologinnen und Schulpsychologen beenden. „Gute Schule“ fördert Teamwork und kooperative Arbeitsweisen. Sie ergänzt das pädagogische Konzept mit präventiver Hilfestellung durch Sozialarbeiter, Psycholog/inn/en und Beratungslehrer/innen für alle Schulformen. Dabei ist verlässliche, schulische Sozialarbeit eine Landesaufgabe. Sie kann und sollte selbstverständlich mit der örtlichen Jugendhilfe kooperieren.</p>
<p>FDP</p>	<p>Nicht nur jede weiterführende Schule, sondern auch jede Grundschule soll mit einem Sozialpädagogen ausgestattet werden. Wir wollen eine enge Verzahnung zwischen der Jugend- und Familienhilfe auf der einen und den Schulen und Schulträgern auf der anderen Seite. Außerdem möchten wir den Ausbau der Schulpsychologie auf über 100 Stellen weiter voran bringen.</p>
<p>GRÜNE</p>	<p>Wir setzen uns dafür ein, dass die Schulsozialarbeit fester Bestandteil aller Schulen wird. Wir wollen schrittweise flächendeckend pädagogisch-psychologischen Unterstützungsteams aufbauen, die allen Schulen zur Verfügung stehen sollen. Ihnen sollen Schulpsychologinnen und Schulpsychologen, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter, Beratungslehrkräfte, Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen und Gesundheitsfachkräfte angehören und sie sollen mit außerschulischen pädagogisch-psychologischen und medizinischen Unterstützungsinstitutionen zusammenarbeiten.</p>
<p>LINKE</p>	<p>DIE LINKE unterstützt die Etablierung von multiprofessionellen Teams zur Konfliktbewältigung und -prävention. Die Tätigkeiten der SchulsozialarbeiterInnen, SchulpsychologInnen und der BeraterInnen sind für das Gelingen von Schule unverzichtbar und stellen eine Landesaufgabe dar, die daher auch vom Land bezahlt werden muss. In unserem Wahlprogramm fordern wir die sofortige Verdoppelung der Stellen in der Schulpsychologie, was dazu führen würde, dass Niedersachsen von der bundesweit schlechtesten Versorgungsrelation immerhin ins Mittelfeld rutschen würde. Des Weiteren wollen die Stellen der Schulsozialarbeit mit dem Ziel aufstocken, dass auf 500 SchülerInnen ein/e Sozialarbeiter/in kommt. Die Fachkräfte sollen dabei nicht nur den SchülerInnen als AnsprechpartnerInnen zur Verfügung stehen, sondern auch den Lehrkräften in Krisensituationen als erste Anlaufstelle dienen.</p>
<p>PIRATEN</p>	<p>s.o. In der Gesamtschule mit sozialpädagogisch ausgebildeten Lehrern, wird sich das Problem neu stellen. Dass auch ein schulpsychologischer Dienst dazugehört, ist selbstverständlich.</p>

	<p>10. Schülerbeförderung Wie soll die Schülerbeförderung in allen Schulstufen (einschließlich Sekundarbereich II) einheitlich geregelt und sichergestellt werden, damit alle Schülerinnen und Schüler nach Unterrichtschluss ihren Wohnort erreichen können? Wie stehen Sie zu der Forderung, die Schülerbeförderung (§ 114 NSchG) wieder in den Aufgabenbereich des Landes zu übernehmen und die Kosten für alle Schulbereiche vom Land tragen zu lassen?</p>
CDU	Die kostenlose Schülerbeförderung gilt in Niedersachsen bis einschließlich Klasse 10. Ungeachtet dessen können die niedersächsischen Kommunen auch weitergehende Regelungen in ihrem Verantwortungsbereich treffen. Eine landesseitige Finanzierung dürfte in Anbetracht der schon aufgezeigten finanziellen Herausforderungen nicht darstellbar sein.
SPD	Die Landkreise und kreisfreien Städte bleiben nach § 114 NSchG Träger der Schülerbeförderung. Angesichts der finanziellen Situation werden wir sicherlich nicht von heute auf morgen die kostenfreie Schülerbeförderung für den Sekundarbereich II einführen können. Aber wir haben das Problem im Blick und werden Möglichkeiten der Verbesserung der Schülerbeförderung für Schülerinnen und Schüler der Sek.II im Rahmen der ÖPNV-Finanzierung prüfen.
FDP	Wir investieren gerade sehr viel in den Bildungssektor. Wenn das Geld auch für die Schülerbeförderung ausreicht befürworten wir auch die Förderung nach Übernahme der Kosten für die Schülerbeförderung im Sekundarbereich II.
GRÜNE	Unser langfristiges Ziel ist es, dass alle schulpflichtigen SchülerInnen – auch im Sekundarbereich II - ab den kommunal zu bestimmenden zumutbaren Schulweggrenzen einen Anspruch auf kostenfreie Schülerbeförderung erhalten. Wegen der erheblichen Kosten setzt dies eine Einnahmeverbesserung des Landes voraus. Bündnis 90/Die Grünen wollen die Landesaufgabe Schülerverkehr wieder aus dem Landeshaushalt finanzieren. Das soll durch die Umschichtung von 45 Millionen Euro des Landeszuschusses zu Bundesstraßen und Autobahnen in die Landesaufgabe Schülerverkehr finanziell ermöglicht werden.
LINKE	DIE LINKE ist für die Abschaffung sämtlicher Bildungsgebühren, ganz egal ob es offene oder verdeckte Gebühren sind. Der Zugang zu Bildung darf nicht am Geldbeutel scheitern. Daher hat die Landtagsfraktion der LINKEN im Oktober 2009 einen Gesetzentwurf zur kostenlosen Beförderung aller Schülerinnen und Schüler in den Landtag eingebracht (Drs. 16/1739). Leider fand er dort keine Mehrheit. Die Schülerbeförderung sollte nach unserer Ansicht von den Kommunen organisiert, aber vom Land bezahlt werden.
PIRATEN	Da Piraten den freien Zugang zu Bildung für Jeden durchsetzen wollen, muss auch eine entsprechende Möglichkeit geschaffen werden, die Schulen zu erreichen und danach wieder zur Wohnung zurückzukommen. Ein fahrscheinloser ÖPNV bzw. eine besonders an die Schulzeiten orientierte Schülerbeförderung ist Teil des Konzeptes.

	<p>11. Schulen in Freier Trägerschaft Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Schulen in Freier Trägerschaft den öffentlichen Schulen besonders unter den Aspekten Finanzhilfe und sonderpädagogische Unterstützung gleichstellen?</p>
CDU	<p>Die CDU in Niedersachsen hat sich durchgängig dafür eingesetzt, die Vergleichbarkeit von Bildungsangeboten zu verbessern und Ungerechtigkeiten im System abzubauen. So haben wir die von der rot-grünen Vorgängerregierung vorgenommene einseitige Privilegierung der Integrierten Gesamtschulen rückgängig gemacht. Daher werden wir gemeinsam prüfen, wo Defizite der Privatschulen bzw. Schulen in freier Trägerschaft zeitnah abgebaut und die Chancengleichheit aller Schulformen in Niedersachsen gestärkt werden kann.</p>
SPD	<p>Die SPD bekennt sich zur verfassungsrechtlich garantierten Stellung der Schulen in freier Trägerschaft und deren wichtige Rolle für ein pluralistisches Schulwesen. Sollte es nach der Landtagswahl im Januar 2013 zu einer Veränderung der Mehrheitsverhältnisse im Landtag und zu einem Regierungswechsel kommen, werden wir uns berechtigten Forderungen der Schulen in freier Trägerschaft nicht verschließen.</p>
FDP	<p>Die Schulen in freier Trägerschaft bereichern die niedersächsische Schullandschaft und sind ein unverzichtbarer Garant für die Vielfalt in unserem Schulsystem. Oftmals machen sich zuerst Schulen in freier Trägerschaft auf den Weg, neue pädagogische Konzepte zu erarbeiten und zu erproben. Wir wollen daher die Schulen in freier Trägerschaft in Niedersachsen dauerhaft erhalten und unterstützen. Die Regelungen der Finanzhilfe sind an die Kostenentwicklungen der vergangenen Jahre anzupassen. Das Finanzierungsverbot für die ersten drei Jahre soll in einen Finanzierungsvorbehalt umgewandelt werden, so dass Schulen in freier Trägerschaft im vierten Jahr des Bestehens die Finanzierung für die ersten drei Jahre rückwirkend erhalten.</p>
GRÜNE	<p>Wir sehen in Schulen in freier Trägerschaft ein Element einer Zivilgesellschaft, in der Bürgerinnen und Bürger in wichtigen gesellschaftlichen Fragen Mitverantwortung übernehmen. Schulen in freier Trägerschaft erfüllen einen öffentlichen Auftrag und haben in vielen Fällen auch wichtige Innovationsanstöße gegeben. Die Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft muss nach unserer Ansicht ausreichend sein und auf einer nachvollziehbaren Basis vergleichbarer Kosten im öffentlichen Bereich beruhen. Eine völlige finanzielle Gleichstellung durch die Anerkennung aller Kosten eines Schülerplatzes steht für uns jedoch nicht im Vordergrund, denn die öffentlichen Schulen müssen sich zwangsläufig der Gewährleistung eines breiteren Angebotes stellen, z.B durch die Bereitstellung eines flächendeckenden Angebots von Schulen auch in dünn besiedelten Räumen. Auch die Schulen in Freier Trägerschaft stehen vor der Aufgabe, sich zu inklusiven Schulen weiterzuentwickeln. Das muss selbstverständlich bei der Finanzhilfe berücksichtigt werden. Und es muss im Rahmen der Inklusion eine Kooperation zwischen Schulen in öffentlicher und in freier Trägerschaft ermöglicht werden.</p>
LINKE	<p>DIE LINKE steht für das Primat des Öffentlichen. Deswegen wollen wir zuvörderst die öffentlichen Schulen stärken. Wir sind dagegen, dass die Privatschulen Rosinenpickerei betreiben und sich die Vorteile der staatlichen Finanzierung sichern und an dieser Stelle Gleichbehandlung fordern, während sie anderer Stelle keine staatlichen Regelungen akzeptieren. Der Ansatz der LINKEN ist es, die progressiven Ansätze, die von Privatschulen ausgehen, auch in öffentlichen Schulen zu ermöglichen und umzusetzen. Neben dieser positiven Rolle von Privatschulen als Ideengeber ist auch klar, dass die Schulen grundgesetzlich geschützt sind und einen rechtlich abgesicherten Finanzierungsanspruch haben. Wir sind dafür, dass die bestehenden schulgesetzlichen Regelungen vollständig erfüllt werden, sehen derzeit aber keinen Verbesserungsbedarf im Schulgesetz für die Privatschulen.</p>
PIRATEN	<p>Die Piraten unterstützen, dass es eine Vielfalt von Schulen geben soll. Dabei ist es auch unerheblich, wer Schulträger ist, die Kommune, eine Elterninitiative (ein Verein) oder eine andere Institution. Alle Schulen sollten gleichermaßen Finanzhilfe erhalten. Der einfachste Weg wäre die Einführung eines sogenannten Bildungsgutscheins.</p>

	<p>12 Interkulturelle Bildung Die Vermittlung interkultureller Kompetenzen ist in einer Gesellschaft, in der Ausländer längst keine Randgruppe mehr sind, wichtiger denn je - wie wollen Sie der Vielfalt in Schule und den besonderen Anforderungen gerecht werden?</p>
<p>CDU</p>	<p>Rund 25 Prozent der Schüler in Niedersachsen haben inzwischen einen Migrationshintergrund. Der Anteil wird steigen und in zehn Jahren mehr als 30 Prozent aller Schüler darstellen. Interkulturelle Kompetenz wird damit an Bedeutung für gelingende Schule gewinnen. Ebenso brauchen wir mehr Lehrkräfte mit Migrationshintergrund. Das Interesse der Kinder an Fremdsprachen beginnt bereits im Kindergartenalter und in der Grundschule. Kinder sind neugierig und lieben den spielerischen Umgang mit fremden Sprachen. Unser Ziel ist es, in den Bildungseinrichtungen auf kreative Weise Sprachbewusstsein zu erzeugen und pädagogisch Anknüpfungspunkte für Mehrsprachigkeit zu entwickeln. Bilinguale Ansätze im Kita- und Grundschulbereich wollen wir weiter unterstützen und ausbauen. Die landesweit bald 15 Kompetenzzentren für Deutsch als Zweitsprache spielen für das Erlernen der deutschen Sprache und der eigenen Muttersprache eine wesentliche Rolle. Sprache sichert langfristigen Bildungserfolg. Zur besseren Integration von muslimischen Schülern bieten wir bereits seit 2003 islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache, unter staatlicher Aufsicht und auf Basis unseres deutschen Grundgesetzes, in einem Schulversuch an ausgewählten Schulstandorten an. Aufgrund der positiven Erfahrungen planen wir zudem die stufenweise Einführung des neuen Fachs „Islamische Religion“ ab dem Schuljahr 2013/14 in den Grundschulen und ab 2014/15 im Sekundarbereich I. Die Einführung soll aufsteigend ab dem 1. bzw. ab dem 5. Schuljahrgang erfolgen.</p>
<p>SPD</p>	<p>Die Interkulturelle Bildung nimmt als ein Integrationsinstrument enorm an gesellschaftlicher Bedeutung zu. Sozialdemokratische Bildungspolitik wird daher auch den Ausbau herkunftssprachlicher Förderung vorantreiben. Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund – aber gleichzeitig auch aus sozial benachteiligten Familien – sind intensiv zu fördern, um ihre Chancen zu verbessern. Im Rahmen unserer Konzepte für eine „gute Schule“ – angefangen von guten Ganztagschulen über die Gesamtschulen bis hin zur Grundschule und den verschiedenen Schulformen – wird es deshalb darauf ankommen, die verschiedenen Förderinstrumente auch auf die besonderen Bedingungen dieser Kinder zuzuschneiden.</p>
<p>FDP</p>	<p>Interkulturelle Bildung ist eine Aufgabe, die gesellschaftliche Prozesse voraussetzt. Zuwanderung gehört schon seit vielen Jahren zu Deutschland und auch in der Zukunft wird das so bleiben. Die FDP hat dies schon früh erkannt und möchte mit einer umfassenden Zuwanderungspolitik nachhaltige Verbesserungen erreichen. Das dies letztlich nur möglich ist, wenn human gehandelt wird, steht außer Frage. Die FDP setzt daher auf eine Integrationspolitik ohne ideologische Scheuklappen. Wir wollen die Chancen der Zuwanderung in den Mittelpunkt rücken, statt ständig nur über die Probleme zu sprechen. Dabei muss der Zusammenhalt der durch Zuwanderer bereicherten zukünftigen deutschen Gesellschaft im Mittelpunkt stehen. Die FDP möchte die Integration durch eine Stärkung erfolgreicher Angebote fördern. Ein Beispiel hierfür sind die Integrationskurse, die auch einen zentralen Beitrag für ausreichende Deutschkenntnisse liefern. Ein anderes Beispiel sind Jugend- und Elternintegrationskurse. Sie sollten ausgeweitet werden.</p>
<p>GRÜNE</p>	<p>Die gemeinsame Schule in einer inklusiven Migrationsgesellschaft muss allen Kindern und Jugendlichen den Aufbau interkultureller Kompetenzen ermöglichen. Wir wollen die Fähigkeiten und Erfahrungshintergründe von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund einbeziehen. Hier spielt die Förderung der Mehrsprachigkeit in Form von herkunftssprachlichem Unterricht, bilingualen Angeboten und durch ein erweitertes Fremdsprachenangebot eine zentrale Rolle. Gemeinsam geteilte Werte sind die Basis für den Zusammenhalt einer Gesellschaft. Unabhängig von der Zugehörigkeit zu religiösen und weltanschaulichen Gemeinschaften wollen wir einen gemeinsamen Unterricht aller SchülerInnen im Fach „Religionen und Weltanschauungen“ als Pflichtfach in der Stundentafel verankern. Daneben soll es konfessionsgebundenen Religionsunterricht weiterhin als Wahlpflichtfach geben. Wir wollen die Vielfalt in den Klassenzimmern auch im LehrerInnenzimmer abbilden und setzen uns dafür ein, dass mehr LehrerInnen mit Migrationshintergrund eingestellt werden.</p>

	<p>12 Interkulturelle Bildung Die Vermittlung interkultureller Kompetenzen ist in einer Gesellschaft, in der Ausländer längst keine Randgruppe mehr sind, wichtiger denn je - wie wollen Sie der Vielfalt in Schule und den besonderen Anforderungen gerecht werden?</p>
LINKE	<p>Die Schule ist der Ort, an dem Vielfalt erfahren wird und Toleranz gelehrt und gelernt werden kann und muss. Dies gilt für alle Formen der Unterschiedlichkeiten. Die spezifische Förderung interkultureller Kompetenzen kann durch die verstärkte Werbung von Lehrkräften und MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund erfolgen, die als <i>role models</i> für Schülergruppen dienen können und aufgrund ihrer persönlichen Biographie einen anderen Zugang zu ihnen haben. Die Veränderung der Gesellschaft sollte auch im Unterricht aufgegriffen werden: so ist DIE LINKE für einen Unterricht über Religionen, die den einzelnen Glaubensgemeinschaften neutral gegenübersteht, sie gleichbehandelt und zur kritischen Auseinandersetzung mit ihrer Rolle und ihren Riten in Gegenwart und Vergangenheit anregt. Zudem sollte der muttersprachliche Unterricht an Schulen gefördert werden. Integration bedeutet keinesfalls Assimilation: die kulturellen Unterschiede dürfen keinesfalls negiert oder ignoriert werden, das Ausrichten an einer „deutschen Leitkultur“ wäre falsch. Die Vielfalt muss gefördert und erlebbar gemacht werden. Daher spricht sich die LINKE strukturell für das gemeinsame Lernen aller Kinder in heterogenen Gruppen aus.</p>
PIRATEN	<p>Diese Aufgabe ist in der Hand gut ausgebildeter Lehrer am besten sichergestellt. Diesbezüglich ist die Landeszentrale für politische und Medienbildung wieder gefragt, entsprechende Fortbildungen für Lehrer und Materialien zu entwickeln. Die Piraten in Niedersachsen fordern außerdem die konsequente Trennung von Kirche und Staat. Unserer Meinung nach ist konfessionsgebundener Religionsunterricht überholt. Um das gemeinsame interkulturelle Lernen zu unterstützen, halten wir das Fach Werte und Normen als Pflichtfach für sinnvoll, denn es ermöglicht Einblick in alle Religionen und Kulturen, ohne zu fokussieren und zu prägen.</p>